



*Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema:*

*"Gebietsreform in Thüringen: Bürgerbeteiligung sichern - Kommunale Selbstverwaltung achten"*

*Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags*

*- Drucksache 6/1792 -*

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter Kuschel, Ihre Redezeit ist zu Ende und da ist dann der Blutdruck der Frau Abgeordneten Tasch sicherlich auch wieder in Ordnung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ja, alles im grünen Bereich!)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Henke, Fraktion der AfD.

**Abgeordneter Henke, AfD:**

Beruhigen Sie sich wieder. Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, werte Gäste – ein herzliches Grüß Gott nach Niederbayern! Die Bürgerbeteiligung zu sichern und die kommunale Selbstverwaltung zu achten, für nichts anderes setzt sich die AfD-Fraktion bei der Gebietsreform ein, und zwar nicht nur während der Aktuellen Stunden. Und, Herr Kuschel, ich muss wirklich sagen: Sie sind ein wunderbarer Selbstdarsteller, Sie ziehen schon ein Jahr durch das Land und erklären den Gemeinden, was Sie wollen. Was die Gemeinden wollen, da hören Sie gar nicht zu.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Genau, das interessiert die nicht!)

Was unseren Kommunen wirklich weiterhilft, ist gute parlamentarische Arbeit. Wir lehnen diese Reform ab. Wir brauchen keine Veränderung.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, alles klar!)

Wir haben schon im letzten Plenum einen Gesetzentwurf eingebracht, der fordert dass Landesgesetze zur Neugliederung des Landesgebiets der Bestätigung im Rahmen eines Volksentscheids bedürfen.

(Beifall AfD)

Eine Befragung der Thüringer über die Gebietsreform wurde übrigens schon von Frau Schweinsburg, CDU, der Präsidentin des Landkreistags, ebenso gefordert wie von der Jungen Union, Herrn Gruhner, Vorsitzender der Jungen Union Thüringen und Mitglied des Hohen Hauses, am 24. September 2015 in der OTZ – und damit zitiere ich –, dass er ein Ja oder Nein der Bürger zur Kreis-karte fordere, die Rot-Rot-Grün entwerfe. So weit, so gut. Wenn das Verhalten im Parlament der Rhetorik entspreche, müsste unser Gesetzentwurf angenommen werden. Dass er im letzten Plenum abgelehnt wurde, ist einfach nur schlecht. Das müssen Sie schon den Bürgern und den Kommunen da draußen im Lande erklären.

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Der Vergleich hinkt!)

Aber gut, Sie haben ja die Chance, es in diesem Plenum besser zu machen. Dasselbe gilt für Rot-Rot-Grün. Der umfangreiche und transparente öffentliche Diskussionsprozess, die fünf Regional-konferenzen waren, um es mal mit den Worten von Herrn Debes zu sagen, reine Alibiveranstaltung.

(Beifall CDU)

Ganze fünf Regionalkonferenzen hat es in Thüringen gegeben. In einem Land mit 17 Landkreisen, 6 kreisfreien Städten und über 2 Millionen Einwohnern. Im rot-rot-grünen Brandenburg gab es 19 Leitbildkonferenzen und einen Kongress. Gerade die Regierungsfractionen sollten sich vielleicht mal wieder daran erinnern, dass direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung nicht nur Schönwetterphrasen sind. Wenn Sie es mit der Mitwirkung der Bürger und der Kommunen bei einem der wichtigsten Reformprojekte dieser Legislaturperiode wirklich ernst meinen, dann sollten Sie nicht despektierlich davon sprechen, dass die Kreistage und Stadträte aus ihrem Elfenbeinturm heraus die Reform ablehnen, Herr Blechschmidt. Dann sollten Sie sich vielleicht ein bisschen in Demut üben und zuhören, was die Praktiker vor Ort zu sagen haben.

Ja, auch die Kommunalpolitiker von Rot-Rot-Grün haben die oben zitierten Beschlüsse mitgetragen. So hat sich die SPD Weimar in ihrer Mitgliederversammlung einstimmig für den Erhalt der Kreisfreiheit ausgesprochen. Leben nun Ihre eigenen Kommunalpolitiker im Elfenbeinturm oder nicht eher manche Landtagsabgeordnete? Die funktionierenden Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung zerschlagen wollen – ohne Wenn und Aber und ohne auf die Stimme der Bürger und Kommunen zu hören.

Umso wichtiger ist, dass sich in Thüringen aus der AG Selbstverwaltung der Verein „Selbstverwaltung für Thüringen“ gegründet hat, der ein Volksbegehren zur Gebietsreform einleiten möchte. Wir unterstützen das ausdrücklich und freuen uns über eine Zusammenarbeit. Wer gegen die Thüringer Kleinstaaterei wettet, muss eines wissen: Sie war es, die uns eine wunderbare Kulturlandschaft beschert hat. Sie dagegen wollen absolutistisch eine Gebietsreform durchsetzen, die in den Zentralismus führt. Ich sage Ihnen, Sie werden Ihr blaues Wunder noch erleben und das wird nicht das blaue Wunder sein, an das Sie jetzt vielleicht denken. Die Reform, die Sie vorhaben, wird ein Rohrkrepiere. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Das Wort hat Abgeordnete Marx, Fraktion der SPD.